

Leonhardt eine Verwarnung und ist aus dem Apparat der Kreisleitung aus kaderpolitischen Gründen abzuziehen.

Das Bezirkssekretariat faßte auf Vorschlag der Bezirksparteikontrollkommission weiterhin folgende Beschlüsse:

Der Bericht der Bezirksparteikontrollkommission wird in einer Parteiaktivtagung des Kreises Auerbach ausgewertet. Das Kreissekretariat erarbeitet bis zu diesem Zeitpunkt eine selbstkritische Stellungnahme über Lehren und Schlußfolgerungen aus seinem bisherigen Verhalten.

An dieser Parteiaktivtagung nehmen aus allen Kreisen des Bezirkes leitende Funktionäre des Partei- und Staatsapparates teil.

Das Kreissekretariat wird beauftragt, die Cliquen- und Familienpolitik im Apparat der Kreisleitung zu liquidieren und dem Bezirkssekretariat innerhalb eines Monats Bericht zu erstatten.

Die BPKK weist in diesem Zusammenhang alle verantwortlichen Funktionäre des Bezirkes darauf hin, unnach-sichtlich die Schlußfolgerungen des Zentralkomitees aus den Lehren des Slansky-Prozesses in der Partei anzuwenden und durchzusetzen.

In diesen Schlußfolgerungen heißt es:

„... daß auf die Auswahl und Entwicklung der Kader größere Sorgfalt angewendet wird. Keine Parteileitung darf

über ungeklärte Fragen in der Vergangenheit oder im gegenwärtigen Verhalten der Kader versöhnlerisch hinwegsehen. Wer Kader auswählt oder entwickelt, deren Verhalten parteimäßig unklar ist, muß zur Verantwortung gezogen werden.*

Die Bezirksparteikontrollkommission fordert alle Mitglieder der Partei des Bezirkes auf, aus der aufgezeigten Vernachlässigung und Mißachtung der Beschlüsse der Partei in den Kreisen Freiberg und Auerbach entsprechende Lehren für die Partei zu ziehen.

Die Bezirksparteikontrollkommission fordert alle Mitglieder der Partei auf, den Parteikontrollkommissionen schriftlich Mitteilung über kritikfeindliches, selbstherrliches, schlechtes, unmoralisches, korruptes und feindliches Verhalten von allen Mitgliedern und Funktionären der Partei ohne Ansehen der Person und Funktion zu machen.

Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, gegen Mängel, Fehler, unklare Verhältnisse und Mißstände in der Partei, des Staatsapparates und der Wirtschaft in seiner Parteiorganisation aufzutreten und die nächsthöhere Parteileitung darüber zu informieren.

Heinrich Mosler

Vorsitzender der Bezirksparteikontrollkommission Chemnitz

(Entnommen aus der Volksstimme Nr. 77, vom 1. April 1953)

Schlußfolgerungen aus dem Beschluß des Zentralkomitees

„Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“

Feindliche Agenturen können sich nur dort entwickeln, wo eine Atmosphäre der Selbstzufriedenheit, der Schönfärberei, der Sorglosigkeit in ideologischen Fragen und der Gleichgültigkeit gegenüber der Durchführung der Parteibeschlüsse besteht.

Sie können sich nur dort ausbreiten, wo man die Auswahl und Entwicklung der Kader vernachlässigt, Freundschaftspolitik und Vetternwirtschaft zuläßt, wo man die Kritik und Selbstkritik unterdrückt und vor den Schwierigkeiten ausweicht.

Zur Verstärkung der revolutionären Klassenwachsamkeit ist nötig:

1. daß die Selbstkritik und die Kritik von unten energisch entfaltet wird. Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, gegen Mängel, Fehler, unklare Verhältnisse und Mißstände in der Partei, des Staatsapparates und der Wirtschaft in seiner Parteiorganisation aufzutreten. Wo die Kritik nicht beachtet oder sogar unterdrückt wird, müssen die Parteimitglieder die höheren Parteileitungen informieren. Jedes Parteimitglied hat das Recht, sich mit jeder Frage unmittelbar an das Zentralkomitee zu wenden;

2. daß leitende Funktionäre in Partei, Staatsapparat und Wirtschaft, die Schönfärberei betreiben, Mißstände verdecken und die Kritik von unten unterdrücken, unnach-sichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die Kritik von unten kann sich nur entwickeln, wenn jedes Parteimitglied die Gewißheit hat, daß seine Kritik beachtet wird;

3. daß mit der ideologischen Sorglosigkeit endgültig Schluß gemacht wird. Die Partei muß einen unversöhnlichen Kampf gegen den Sozialdemokratismus, gegen alle bürgerlichen Ideologien und Reste des kapitalistischen Denkens, die bei Parteimitgliedern noch vorhanden sind, führen;

4. daß die Partei nicht dulden darf, daß Fehler mit ideologischer Schwäche entschuldigt werden. Wo sich Fehler zeigen, müssen ihre Wurzeln aufgedeckt und unerbittlich ausgemerzt werden;

5. daß man nicht zuläßt, daß unklare Fragen, falsche ideologische Auffassungen sowohl aus der Vergangenheit als auch in der gegenwärtigen Tätigkeit von Parteimitgliedern und Fehler in der Parteiarbeit unbeachtet bleiben und nicht bis zu Ende ausdiskutiert und geklärt werden;

6. daß die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse der Partei zu einem untrennbaren Bestandteil der Führung durch die Parteileitungen entwickelt wird. Die Einheit von Theorie und Praxis, des Wortes und der Tat, des Beschlusses und seiner Durchführung muß zur charakteristischen Besonderheit der Parteileitungen werden;

7. daß auf die Auswahl und Entwicklung der Kader größere Sorgfalt angewendet wird. Keine Parteileitung darf über ungeklärte Fragen in der Vergangenheit oder im gegenwärtigen Verhalten der Kader unversöhnlerisch hinweggehen. Wer Kader auswählt oder entwickelt, deren Verhalten parteimäßig unklar ist, muß zur Verantwortung gezogen werden.

(Beilage zu „Neuer Weg“ Nr. 2/1953)